EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

50 Jahre EDU seit 1975 der Wahrheit verpflichtet

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
CH-Bern

Thun, 13. Januar 2025

Per E-Mail: gever@blw.admin.ch

Vernehmlassungsantwort zur Umsetzung der Motion 22.4253:
Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der EDU Schweiz nehmen wir Bezug auf die Motion 22.4253 und deren Zielsetzung, das bäuerliche Bodenrecht von der Agrarpolitik 2022+ (AP22+) zu entkoppeln. Wir begrüßen grundsätzlich das Anliegen, eine zeitgemäße und unabhängige Regelung des Bodenrechts sicherzustellen.

1. Stärkung des bäuerlichen Bodenrechts
Die EDU Schweiz steht hinter der Forderung, das bäuerliche Bodenrecht so zu gestalten, dass die nachhaltige Bewirtschaftung und die familiäre Landwirtschaft im Zentrum stehen. Die Entkopplung von der AP22+ darf nicht dazu führen, dass wirtschaftsliberale oder spekulative Interessen überhandnehmen. Ein starker Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist essenziell, um die Ernährungssicherheit der Schweiz langfristig zu gewährleisten.

2. Ablehnung einer Aufweichung des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen
Wir betonen die Wichtigkeit des Schutzes landwirtschaftlicher Nutzflächen vor einer Übernahme durch externe Investoren oder einer Zersiedelung. Die EDU Schweiz lehnt jegliche gesetzliche Anpassung ab, die den Zugang von Nicht-Landwirten zu landwirtschaftlichem Boden erleichtert, da dies die Stabilität der Landwirtschaft untergräbt und die Preisdynamik negativ beeinflusst.

3. Berücksichtigung regionaler Besonderheiten
Die EDU Schweiz befürwortet, dass regionale Besonderheiten im bäuerlichen Bodenrecht berücksichtigt werden müssen. Insbesondere für Berg- und Randregionen ist ein flexibles und förderliches Bodenrecht von hoher Bedeutung, um eine Abwanderung aus diesen Gebieten zu verhindern.

4. Klarheit und Rechtssicherheit
Wir sprechen uns für eine klare und rechtssichere Regelung aus, welche die Interessen der Landwirte wahrt und gleichzeitig der Allgemeinheit dient. Die Entkopplung darf nicht zu Unsicherheiten oder administrativen Hürden führen, die die bäuerliche Arbeit erschweren.

EDU Schweiz
Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 1011, 3601 Thun Aarezentrum, Tel. 033 222 36 37
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

50 Jahre EDU seit 1975 der Wahrheit verpflichtet

5. Nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit
Die EDU Schweiz teilt die Auffassung, dass das bäuerliche Bodenrecht einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft leisten muss. Eine Stärkung der regionalen und ökologischen Bewirtschaftung ist unabdingbar, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen, insbesondere die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Fazit
Die EDU Schweiz begrüßt die Grundidee der Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+, fordert jedoch eine Umsetzung, die die langfristige Stabilität der Landwirtschaft sowie den Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche gewährleistet. Wir plädieren für eine lösungsorientierte und wertebasierte Herangehensweise, die dem bäuerlichen Bodenrecht und den Menschen, die es betrifft, gerecht wird.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Vorschläge und Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

EDU Schweiz
gez. Daniel Frischknecht, Präsident gez. Thomas Lamprecht, Vizepräsident

Für weitere Auskünfte:
Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE, 079 363 80 94
Samuel Kullmann, politischer Mitarbeiter, 079 720 77 86